IPG

KOMMENTAR 06.10.2014 | Henry Reynolds

„Rechts, zwo, drei, vier“

Wie die Regierung Abbott nicht nur die australische Geschichte, sondern das ganze Land militarisiert.

Australien ist vom Krieg besessen. Seit einer Generation rücken australische Regierungen mit einem staatsfinanzierten Programm die Bedeutung unserer Militärgeschichte ins Rampenlicht. Mittlerweile hat es auch den letzten Winkel des Landes erreicht. Bücher, Filme und Forschungsvorhaben werden subventioniert. Alte Monumente werden restauriert, neue errichtet. In überalterten Ehrenalleen werden neue Bäume gepflanzt, dem bereits gut gefüllten Erinnerungskalender neue Gedenktage hinzugefügt. Spitzenpolitiker wohnen der Beisetzung gefallener Soldaten bei, und zwar in einer Häufigkeit, die man in der Vergangenheit nie von ihnen erwartet hätte. Kürzlich fehlten der Premierminister, der Verteidigungsminister und der Oppositionsführer im Parlament, weil sie an der privaten Beisetzung eines Soldaten teilnahmen, der in Afghanistan in einem, wie es offiziell hieß, „non-combat incident“, einem Zwischenfall abseits der Kampfhandlungen, ums Leben gekommen war.

Verzerrung der Nationalgeschichte

Wie nicht anders zu erwarten, überlagert diese fortgesetzte üppig ausgestattete Jubelkampagne zur australischen Kriegsgeschichte sämtliche andere Aspekte unserer Vergangenheit und wertet sie ab. Es mag nicht in der Absicht derer liegen, die die historiografische Militarisierung betreiben, doch die Verzerrung der Nationalgeschichte ist nicht zu übersehen. Während junge Leute dieser Entwicklung wenig Beachtung schenken oder gar Bedeutung zumessen, empfinden sie viele ältere Australier als zutiefst beunruhigend.

Die Historikergeneration, die Mitte des 20. Jahrhunderts einer Nationalgeschichte den Weg bereitete, ließ die Militärgeschichte links

liegen, obwohl viele von ihnen im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten. Sie konzentrierten sich auf politische und soziale Entwicklungen im Inland, nicht auf militärische Abenteuer im Ausland. Aufgrund ihrer eigenen Kriegserfahrungen betrachteten sie das Soldatenleben wohl sogar eher mit einer gewissen Ernüchterung.

Besonders beunruhigend an der sich ausbreitenden Militarisierung ist die gezielte Ansprache von Kindern. Schulen im ganzen Land werden mit professionellem Gratis-Lehrmaterial bombardiert, darunter Filme, Bücher, CDs und Poster. Für Ausflüge zum *Australian War Memorial* in Canberra gibt es Zuschüsse.

In Aufsatzwettbewerben erhalten die Sieger eine kostenlose Reise zu den Schlachtfeldern in Europa und im Nahen Osten. Bei der Darstellung des Krieges als prägender nationaler Erfahrung kennen die Organisatoren keine Zurückhaltung. Sie werben offen dafür, schon Grundschulkinder anzusprechen, und scheinen nicht zu merken, dass ihr Kreuzzug eher Propaganda als Pädagogik ist. Das scheinheilige Getue, das um die „Gefallenen“ veranstaltet wird, erstickt jede gesunde Skepsis und abweichende Interpretationen im Keim.

Das Ansehen des Kriegers steigt, während das des Abgeordneten sinkt.

Der Wunsch, der Kriegstoten zu gedenken und ihr Opfer anzuerkennen, lässt die Politik rund um die jeweiligen Konflikte angeblich unberücksichtigt. Doch die Materialien, mit denen die Schulen überschwemmt werden, vermitteln unheilvolle Botschaften. Um dem Verlust an Menschenleben im Ersten Weltkrieg mehr Sinn zu verleihen, wird den Kindern versichert, die Soldaten seien für die Freiheit der Australier gestorben. Oft heißt es, die Nation sei an der Küste von Gallipoli geboren worden.

Daraus lassen sich alle möglichen Schlüsse ziehen: Eine Nation wird im Krieg gemacht, nicht im Frieden, auf Schlachtfeldern, nicht im Parlament; Soldaten, nicht Politiker, sind die Gründer einer Nation; Männer, die Blut vergießen, verdienen mehr Anerkennung als Vermittler und Schlichter; das Bajonett ist mächtiger als der Füller; ein paar verheerende Tage an der Küste des Osmanischen Reiches wiegen schwerer als Jahrzehnte der zivilen und politischen Pionierarbeit durch hunderte Australier in Kolonialzeiten. Diese Schlussfolgerungen haben eine große Überzeugungskraft und stoßen auf entsprechend breite Akzeptanz. Sie sind gefährlich und verleihen der grassierenden Enttäuschung über die parlamentarische Demokratie einen spezifisch australischen Dreh. Das Ansehen des Kriegers steigt, während das des

Abgeordneten sinkt.

Eine Armee ist keine demokratische Institution. Mit ihren auf Hierarchie, Autorität und Gehorsam gründenden Strukturen neigt sie mehr dem Autoritarismus als der Demokratie zu. Offiziere werden ernannt, nicht gewählt. Trostreiche Geschichten von Soldaten, die sich weigern, vor diesen Offizieren zu salutieren, ändern kaum etwas daran, dass das Ausgeben und das unbedingte Befolgen von Befehlen eine institutionellen Grundbedingung ist.

Militarisierung des politischen Alltags

Mittlerweile wirkt sich die Militarisierung unserer Geschichte auch konkret auf die Gegenwart aus und beeinflusst unsere Politik. Das zeigte sich schon im ersten Jahr der Regierung Abbott; ein Paradebeispiel war Scott Morrisons *Operation Sovereign Borders*. In dieser halb-militärischen Unternehmung zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms, für die strengste Geheimhaltung galt und unzureichend Rechenschaft abgelegt wurde, verwischte der Minister mit seinen Auftritten, immer in Begleitung eines ranghohen Militäroffiziers, gezielt die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Macht.

Aber das ist nur ein markantes Beispiel unter vielen. Premierminister Tony Abbott umgibt sich ständig mit hochrangigen Offizieren oder Beamten der Bundespolizei. Offiziere im Ruhestand werden mit Missionen beauftragt, die früher Diplomaten oder Spitzenbeamte übernommen hätten. Minister versuchen recht offensichtlich, vom hohen Ansehen des Militärs zu profitieren, und entziehen sich so der Kontrolle, der Politiker normalerweise unterliegen. Als angesehener Staatsbürger war der ehemalige General Peter Cosgrove eine durchaus populäre Besetzung für den Posten des Generalgouverneurs von Australien, doch der Zeitpunkt seiner Ernennung belegte einmal mehr das Vordringen des Militärischen ins politische Leben. Und wenn das Militärische Einzug in den politischen Alltag hält, leidet die Demokratie.

Australische Regierungen haben es leichter, in Konflikte einzugreifen, Kritiker schwerer, eine

Das hohe historische Ansehen, das die Streitkräfte mittlerweile genießen, beeinflusst auch die nationale Debatte über den Krieg im Allgemeinen. Australische Regierungen haben es leichter, in Konflikte einzugreifen, Kritiker

ernsthafte nationale Debatte zu führen.

schwerer, eine ernsthafte nationale Debatte zu führen. Das heroische Soldatenbild verhindert jede Bewertung von Kosten und Nutzen eines Kriegs. Wer den Sinn eines militärischen Engagements infrage stellt, setzt sich dem Vorwurf aus, er rede die Opfer und das Leid der Kriegsteilnehmer klein. Die Australier, so scheint es, wollen eines Krieges gedenken, der von jeder Politik bereinigt ist.

Das bestätigt sich auch im derzeitigen Gedenkmarathon zum Ersten Weltkrieg. Die Erinnerung an die Landung des australischen und neuseeländischen Armeecorps ANZAC geht nicht mit einer Bewertung der territorialen Absichten einher, die die Alliierten im Osmanischen Reich verfolgten, oder der vielfältigen fatalen Folgen, die bis heute spürbar sind. Offenbar wollen die Australier des Krieges gedenken, ohne eine moralische Verantwortung für die komplexen Konsequenzen zu übernehmen.

Kriegsentscheidung ohne kritische Debatte

Das gilt auch für jüngere Kriege. Eine Betrachtung der Nachwirkungen des Irak-Kriegs ist hier lehrreich. In den USA und in Großbritannien wurde eine intensive Debatte über die, wie man es heute sieht, katastrophal gescheiterte Unternehmung geführt. Sowohl George W. Bush als auch Tony Blair mussten herbe Kritik einstecken und Macht abgeben. Eine solche Schmach wie auch jede andere Art der öffentlichen Abrechnung blieben John Howard und seiner Regierung erspart. Als die letzten Soldaten nach Hause kamen, erklärte Premierminister Kevin Rudd, es werde keine Untersuchung der australischen Kriegsbeteiligung geben. Seine Begründung war typisch: Er hielt sie für unpassend, wo sich doch die zurückgekehrten Soldaten gerade wieder ins australische Leben eingliederten.

Was das bedeutet, ist klar: Australische Regierungen können mit einer Leichtigkeit in den Krieg ziehen, die nicht nur gefährlich, sondern in einer Demokratie auch unüblich ist. Von den Briten haben wir die konstitutionelle Praxis geerbt, die Macht über Krieg, Frieden und den Abschluss von Staatsverträgen der Krone zu überlassen, ohne dem Parlament ein Veto-Recht oder auch nur Mitsprache zuzugestehen. Die

Erfahrungen aus den Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak belegen, dass Regierungen nicht mit Sanktionen rechnen müssen, wenn sie Soldaten ins Ausland schicken, egal, wie es ausgeht. Jede Kritik am Krieg wird in einen feigen Angriff auf die Männer und Frauen an der Front umgedeutet. Das hohe Ansehen der Streitkräfte schützt Politiker vor berechtigter Kontrolle.

Es darf daher nicht überraschen, dass sich Tony Abbott zu dem Vorschlag verstieg, als Reaktion Australiens auf den Abschuss des malaysischen Verkehrsflugzeugs über der Ukraine 1000 Soldaten in einen Bürgerkrieg zu entsenden. Ähnlich lief es beim neuerlichen Engagement im Irak, das nicht diskutiert, sondern schlicht verlautbart wurde. Keine andere wichtige Regierungsentscheidung würde man ohne eine angemessene Bewertung der Ziele und Kosten fällen. Und die Labor-Opposition trägt eine Mitschuld, da sie darauf verzichtete, drängende Fragen zu stellen oder auf frühere Kriegseinsätze zu verweisen, um diese Erfahrungen als Richtschnur und Warnung zu nutzen.

Die Schwelle, die australische Regierungen für die Entsendung von Streitkräften ins Ausland überschreiten müssen, ist gefährlich niedrig.

Die Regierung vermittelt den Eindruck, dass sie von Kriegshunger getrieben ist. Das mag hart klingen, aber denken wir daran, was vor genau einem Jahr der damals neue Verteidigungsminister David Johnston gegenüber der Fairfax-Presse erklärte: die Armee müsse kampfbereit sein für künftige Konflikte im Nahen Osten und in Südasien. „In diesen Regionen wird die Lage instabil sein, dort müssen wir künftig vielleicht wieder hin." Dem Journalisten zufolge, der ihn interviewte, sagte Johnston sinngemäß, die *Australian Defence Force* habe nach vierzehn Jahren Kriegseinsatz im Ausland „eine starke Kampfdynamik, die nicht verloren gehen sollte". Der Minister meint offenbar, Armeen bräuchten Kriege. Nach dem Rückzug aus Afghanistan müsse man „ein gewisses Interesse für die Soldaten bewahren".

Die Schwelle, die australische Regierungen für die Entsendung von Streitkräften ins Ausland überschreiten müssen, ist gefährlich niedrig. Da nie ernsthaft untersucht wurde, warum Australien so oft im Krieg war, müssen junge Menschen den Eindruck gewinnen, der Krieg sei ein natürlicher und unentrinnbarer Bestandteil des nationalen Lebens. Wir führen Krieg und sind gut darin. Wir kämpfen „über unserer

Gewichtsklasse“. Krieg, so wird suggeriert, ist dazu da, den Australiern Schauplatz und Gelegenheit für Heldentum und Kriegskunst zu bieten. Und es wird zwar viel vom Sterben geredet oder allgemeiner von Opfern, doch das Töten findet kaum Erwähnung, und es wird nie untersucht, welche Blutbäder in fernen Ländern eigentlich in unserem Namen angerichtet werden.

Die Floskel „Auf dass wir niemals vergessen mögen“ hat im nationalen Diskurs einen hohen Stellenwert. Doch das gewachsene Bewusstsein für vergangene Kriege macht es eher wahrscheinlicher als unwahrscheinlicher, dass sich dasselbe Schema ständig wiederholt.

Mit freundlicher Genehmigung der australischen Zeitschrift Inside Story.



Henry Reynolds
Tasmanien

Henry Reynolds ist Honorarprofessor an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität von Tasmanien.

2 LESERBRIEFE

Jörn schrieb am 07.10.2014

Vielen Dank für diesen bedenkenswerten Artikel über bedenkliche Entwicklungen, von denen man hier sonst wenig mitbekommt.

Dikran Kelekian schrieb am 04.05.2015

Der 24. April 2015 hatte etwas Surrealistisches. Er war symbolisch, wie historische Erinnerung im Zeitalter der Wiedergeburt nationalistischer Verblendung verzerrt wird. In London gedachten Politiker aller Parteien der Gefallenen und inzwischen längst verstorbenen Veteranen einer Schlacht, die auch in England, ähnlich wie an der Westfront ungeheuren Blutzoll verlangt hatte. Und auf den Dardanellen betrieb nicht nur Abbott, sondern auch Erdogan, seine nationalistische Selbst-Inszenierung. Die islamistische AKP verdrängt nicht nur die Rolle, die der damalige Bündnispartner Deutschland bei diesem mühsam errungenen Sieg gegen eine allierte Übermacht in den Monaten von April 1915 bis Januar 1916 gespielt hatte, sondern auch der jahrelang an diesem Anlass gefeierte Übervater Atatürk, der als türkischer Kommandeur einen entscheidenen Anteil an diesem vielleicht einzigen moralisch legitimen militärischen Erfolg des deutsch-türkischen Bündnisses gehabt hat. Immerhin ging es darum, die Unabhängigkeit des Osmanischen Reiches gegen die gierigen westlichen Grossmächte England und Frankreich zu verteidigen, auch wenn man dabei übersehen hat, dass man sich einer

weiteren gierigen Grossmacht ‚Deutschland, an den Hals geworfen hatte.

Währenddessen herrscht in Berlin lähmendes Schweigen bezüglich dieses historischen Ereignisses, eine Unverschämtheit gegenüber den damals gefallenen Deutschen und den inzwischen verstorbenen deutschen Veteranen des Orientkrieges, zu denen übrigens neben zahlreichen jüdischen Deutschen auch osteuropäisch-jüdische Freiwillige aus den sozialistischen Kollektivsiedlungen des "Yishuv" in Palästina gehörten.

Es war sehr lobenswert, dass mit 100 Jahren Verzögerung endlich einmal der Genozid der türkischen Verbündeten an der armenischen Bevölkerung Anatoliens beim Namen genannt wurde, nur wurde nur sehr leise an die damalige deutsche Rolle erinnert, und die politische Mitverantwortung der damals im Reichstag vertretenen Parteien (70 % stellten die Vorgängerparteien von SPD, CDU (Zentrum) und FDP (Liberale) wurde vollends unter den Teppich gekehrt.

Wer sich über Abbott aufregt, sollte sich also erstmal an die eigene deutsche Nase fassen. Eine interessante

historische Fragestellung wäre darüber hinaus übrigens, warum wir Deutschen seit dem Ersten Weltkrieg und unserem historischen Bündnis mit den ethnisch-nationalistischen Jungtürken um Enver und Talaat uns seitdem stets besonders gerne mit ethnisch-nationalistischen Regimes im Nahen Osten strategisch verbünden, egal ob ein Konservativer oder ein Sozialdemokrat an der Spitze unserer Regierung steht.
